

Anfrage

öffentlich

Datum

27.02.2008

Nummer

F0029/08

Absender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Adressat

Oberbürgermeister

Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

13.03.2008

Kurztitel

Unterbringung von Migrantinnen und Migranten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach der Schließung der Gemeinschaftsunterkunft "Grusonstraße" war die Unterbringung zahlreicher Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie ihrer Familien in anderen Unterkünften notwendig. Aktuell wird vom Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt gefordert, stärker auf eine dezentrale Unterbringung von Migrantinnen und Migranten zu setzen, um deren Integrationschancen erheblich zu verbessern. Minister Hövelmann griff damit in einer Pressemitteilung vom 13.02.2008 eine wichtige Forderung des Landtages, des Runden Tisches und der Integrationsbeauftragten des Landes auf. So wäre beispielsweise eine Verbringung von der einen in eine andere -möglicherweise weiter vom Stadtzentrum abgelegene- Gemeinschaftsunterkunft, zu vermeiden. Innenminister Hövelmann appellierte an die Landkreise und kreisfreien Städte, angesichts der besonderen Belastungssituationen von Familien diese nach Möglichkeit in Wohnungen anstatt in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen und dabei die bestehenden Handlungsspielräume auszuschöpfen.

Wir fragen deshalb an:

1. **Wieviele Menschen waren von der Schließung der Gemeinschaftsunterkunft „Grusonstraße“ betroffen?**
2. **Wieviele Menschen wurden in anderen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und um welche Unterkünfte handelt es sich?**
3. **Für wieviele Menschen wurden andere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden?**
4. **Welche dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten wurden geprüft?**
5. **Welche Auswirkungen hat die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft auf Schülerinnen und Schüler?**

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Antwort.

Sören Herbst

Stadtrat